

Bonn, den 23. Februar 2023

Tarifangebot der Deutschen Post ist unzureichend!

„Das Tarifangebot der Deutschen Post ist unzureichend. Es enthält zwar einzelne Regelungen, die wir gefordert haben. Dazu zählen zum Beispiel die sofortige Zahlung des Weihnachtsgeldes und die Gewährung der vollen Inflationsausgleichsprämie von 3.000 Euro. Allerdings ist es von unseren Forderungen hinsichtlich einer prozentualen Entgeltsteigerung von 12 Prozent und der Mindesterrhöhung der Tabellenentgelte in den unteren Entgeltgruppen noch weit entfernt. Auch die Laufzeit des vorgelegten Gesamtpakets muss kürzer ausfallen“, so die Bundesvorsitzende der Fachgewerkschaft DPVKOM, Christina Dahlhaus. Das hat die DPVKOM nach eingehender Beratung des Arbeitgeberangebots dem Personalvorstand der Deutschen Post, Dr. Thomas Ogilvie, heute schriftlich mitgeteilt.

In dem Schreiben bekräftigt unsere Fachgewerkschaft noch einmal die Forderungen nach einer 12-prozentigen Entgelterhöhung für alle Beschäftigten, einer Mindesterrhöhung der monatlichen Tabellenentgelte für die unteren Entgeltgruppen 1 bis 4 um 500 Euro und einer Erhöhung des Tabellenentgelts noch in diesem Jahr, gegebenenfalls unter Einbeziehung der Inflationsausgleichsprämie. Dahlhaus weiter: „Mehr als 1.000 Beschäftigte haben sich in den vergangenen Wochen an unseren Warnstreiks beteiligt und für unsere Tarifforderungen gestreikt. Der Unmut unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Unternehmens ist nach wie vor hoch, sodass mit weiteren Arbeitsniederlegungen gerechnet werden muss.“ Damit kann der Druck auf die Deutsche Post aufrechterhalten werden, ihr Angebot noch einmal nachzubessern. „Dazu brauchen wir aber keine Urabstimmung und keinen Vollstreik“, so die DPVKOM-Bundesvorsitzende.

Die DPVKOM hat den Arbeitgeber erneut dazu aufgefordert, am Verhandlungstisch über die Tarifforderungen der DPVKOM zu verhandeln. Nun ist die Deutsche Post am Zug.